

BayernLB und der Fall Huber: Eine typische CSU-Geschichte vom Täuschen und Zocken

Aktuell stehen die Spekulationsverluste der Bayerischen Landesbank und die bewussten Falschinformationen von Finanzminister und CSU-Chef Erwin Huber in den Schlagzeilen. Erneut versuchen die Schwarzen die Vorgänge und die Fehler zu vertuschen und klein zu reden. Die Wahrheit ist: Es wurde gezockt wie im Casino. Die BayernLB ist aber keine Zockerbank, sondern sie hat einen öffentlichen Auftrag!

Doch dies ist nicht das erste Versagen der CSU-Staatsregierung in Sachen Wirtschaftspolitik. Der BayernLB-Skandal reiht sich ein in eine ganze Galerie von Missmanagement, Zockertum und Geldvernichtung, die seit Jahren von der CSU in Gang gehalten wird.

Nur leider sind es unsere Steuergelder, ist es das öffentlich-rechtliche Vermögen, das von uns Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern geschaffen wurde, welches hier von der CSU-Staatsregierung verzockt wurde. Das Geld fehlte und fehlt nun für viele wichtige Dinge: Zum Beispiel für Investitionen in Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Unis, für Förderprogramme für den Mittelstand, für notwendige Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und vieles mehr.

Skandal 1: Die Bayerische Landestiftung:

Im Jahr 2005 geriet die Bayerische Landesstiftung in die Schieflage. Verursacht wurde diese durch eine einseitige Ausrichtung des Aktienbestandes auf die Bayerische HypoVereinsbank. In der Folge sanken die Einnahmen der Landestiftung durch Dividendenausschüttungen von 24 auf 3 Millionen Euro ab. Das Stiftungskapital reduzierte sich damals von 1,2 Milliarden Euro auf 240 Millionen Euro. Vergeblich hatte die SPD eine Umschichtung des Stiftungskapitals in festverzinsliche Wertpapiere gefordert, die eine sichere Vermehrung des Stiftungskapitals garantieren sollten.

Von der bayerischen Landestiftung werden viele kommunale Projekte gefördert, die insbesondere im kulturellen Bereich (Bau- und Kunstdenkmäler und nichtstaatliche Museen) und dem sozialen Bereich (Alten- und Behindertenhilfe) liegen. Die CSU-Staatsregierung hatte es durch ihr Missmanagement geschafft, dass erheblich weniger Projekte vor Ort gefördert werden konnten.

Skandal 2: Der LWS-Skandal:

Die Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern GmbH (LWS) hatte durch Bauträgergeschäfte, u.a. in den neuen Bundesländern, 500 Millionen Euro in den Sand gesetzt. Dies war seit Anfang der 1990er Jahre der Fall. Als Bauernopfer diente der damalige Justizminister Sauter. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch damals Stoiber, Beckstein und Huber über alle wesentlichen Dinge informiert waren und wissentlich als Staatsregierung hochspekulativen Geschäften zustimmten.

Skandal 3: Landesbank, erster Teil

Hochspekulativ ging es auch bei der Landesbank schon vor ein paar Jahren zu. Mit riskanten Wertpapiergeschäften wurden hunderte von Millionen Euro an südostasiatischen Aktienmärkten verspekuliert. Insgesamt belief sich die Schadenssumme damals auf über eine Milliarde Euro. Es wurde investiert ohne irgendwelche Sicherheitsnetze einzubauen. Als die Märkte in Südostasien einbrachen, summierten sich die Verluste der Landesbank rasch zu einem Milliardenloch. Dies war im Jahr 1999 und seitdem hat man in der bayerischen Staatsregierung nichts gelernt: im spekulativen amerikanischen Immobilienmarkt (US-Subprime-Markt) hält die Bank aktuell strukturierte Wertpapiere in Höhe von ca. 4 Milliarden Euro - annähernd 2 Milliarden Euro wurden sprichwörtlich „verbrannt“.

Skandal 4: Die Huber-Lüge

Die BayernSPD kann belegen: Der Finanzminister und CSU-Vorsitzende Erwin Huber hat den Bürgern über Wochen mehrfach wissentlich und offen ins Gesicht gelogen. Das Finanzministerium selbst hat inzwischen eingeräumt, dass Huber bereits am 4. Dezember von der Landesbank informiert wurde, dass die Verluste und Wertberichtigungen auf 1,44 Milliarden beziffert werden. Danach erhielt er, so das eigene Ministerium, wöchentliche Berichte. Am 6. Februar wurde die Gesamtsumme auf 1,89 Milliarden taxiert. Doch noch am 12. Februar erklärte Huber im Landtag, er habe keine Zahlen. Zwar waren die 1,89 Milliarden auch nur eine Schätzung, aber doch schon sehr konkret und sehr nah an den 1,9 Milliarden, welche die Landesbank einen Tag später selbst bekanntgab. Ein Minister, der das Parlament wissentlich falsch informiert, muss zurücktreten – sogar in Bayern! Und eine Frage bleibt zum Schluss: was von alledem, und wann, wusste Ministerpräsident Beckstein?